vinetur

Britische Pub-Gruppe fordert vor dem Budget eine Senkung der Pub-Mehrwertsteuer auf 10 %

Der Verband sagte, 40 % der Mitglieder rechneten mit einer Schließung, falls die Steuerlast erneut steigt.

Dienstag, 29. September 2026



Das British Institute of Innkeeping hat die britische Regierung aufgefordert, die Mehrwertsteuer auf alle Pub-Umsätze vor dem Budget am 28. Oktober auf 10 % zu senken. Der Verband erklärte, viele Betreiber arbeiteten lange Stunden mit wenig Gewinn, und warnte, dass bei erneut steigenden Steuern weitere Schließungen folgen

könnten.

Der Branchenverband begründete dies in einem Schreiben seines Geschäftsführers Steve Alton an Premierminister Keir Starmer und Finanzministerin Rachel Reeves nach einer Umfrage unter BII-Mitgliedern, die auf anhaltende finanzielle Belastungen in der Branche hinwies. Nach Angaben der Organisation meldeten nur 25 % der Pubs, zwischen Januar und August Gewinn gemacht zu haben, trotz dessen, was Alton als starken Sommer im Geschäft bezeichnete.

Dieselbe Umfrage ergab, dass 20 % der Befragten erwarten, zu schließen, wenn die derzeitige kombinierte Steuerlast bestehen bleibt. Sollte die Steuer erneut steigen, wächst dieser Anteil laut BII auf 40 %. Alton argumentierte, die aktuellen Belastungen bremsten Investitionen in Unternehmen, die in Städten und Dörfern im ganzen Land eine wirtschaftliche und soziale Rolle spielten.

Er sagte, Personalkosten, Energierechnungen und das, was er als ungerechte kumulative Besteuerung bezeichnete, untergrüben Unternehmen, auf die Gemeinden angewiesen seien. Außerdem sagte er, rund 40 % jedes in einem Pub ausgegebenen Pfunds gingen inzwischen an das Finanzministerium; dieses Niveau bremse Ausgaben für Arbeitsplätze, Renovierungen und lokale Lieferanten.

Das BII erklärte, seine Mitglieder würden schnell auf einen niedrigeren Mehrwertsteuersatz reagieren. Würde die Mehrwertsteuer auf alle Pub-Umsätze auf 10 % gesenkt, sagten 75 % der Befragten laut Umfrage, sie würden in ihre Betriebe investieren. Weitere 62 % sagten, sie würden die Arbeitszeiten des Personals ausweiten und ihre Teams ausbauen, während 50 % angaben, mehr bei lokalen Lieferanten auszugeben.

Das Thema hat für die Getränkeindustrie eine größere Bedeutung, weil die Mehrwertsteuer unmittelbar die Preise beeinflusst, die Pubs verlangen, und die Margen, die sie bei Bier, Wein und Spirituosen auf den Vor-Ort-Verzehr behalten. Ein niedrigerer Satz könnte den Betreibern möglicherweise etwas Luft verschaffen, die Nachfrage der Kunden stützen und dazu beitragen, dass Bestellungen weiter an Brauereien, Weingüter, Brennereien und andere Lieferanten fließen. Sollten Schließungen anhalten, könnte sich der Effekt in die entgegengesetzte Richtung bewegen und die Absatzstellen

in der Gastronomie verringern.

Alton sagte, die Regierung solle das Budget nutzen, um den Pubs das zu geben, was er als fairen Deal bezeichnete, wobei ein Mehrwertsteuersatz von 10 % im Zentrum des Pakets stehe. Er sagte, die Betreiber seien bereit zu investieren, ihre Teams auszubauen und mehr bei nahe gelegenen Unternehmen auszugeben, wenn die Steuerpolitik ihnen dafür Spielraum lasse. Außerdem warnte er, der Verlust langjähriger Pubs bedeute weniger lokale Arbeitsplätze, weniger Unterstützung für Lieferanten und weniger Orte, an denen Menschen in ihren Gemeinden zusammenkommen.

Der Vorstoß erfolgt, während die Kampagne #VATsTheProblem weiterhin Unterstützung im Gastgewerbe sammelt. Das BII erklärte, die von mehreren Branchenstimmen unterstützte Kampagne habe fast 390.000 Unterschriften erreicht. Mehr als 800 Unternehmen hätten zudem einen separaten offenen Brief unterzeichnet, der im Rahmen der Kampagne organisiert wurde und einen niedrigeren Mehrwertsteuersatz für die Branche fordert.

Der jüngste Vorstoß erhöht den Druck auf die Regierung, während sich die Betreiber des Gastgewerbes auf die fiskalische Herbst-Erklärung vorbereiten. Pub-Gruppen und Branchenverbände argumentieren seit Monaten, dass die Branche mit einer schwierigen Mischung aus Lohnkosten, Energiekosten, Schulden und Steuern konfrontiert sei, während die Konsumausgaben uneinheitlich blieben. Der Brief des BII stellt eine Mehrwertsteuerentlastung als Möglichkeit dar, bestehende Betriebe zu schützen und zugleich Ausgaben für Neueinstellungen und Investitionen in den Betrieb freizusetzen.

Die Regierung hat bislang keine Änderung der Mehrwertsteuerpolitik für Pubs angekündigt. Vorerst beobachten die Betreiber das Budget genau, während sie in die kälteren Monate gehen, in denen das Geschäft oft schwieriger wird und die Fixkosten hoch bleiben.